

**Landesverband der Angehörigen und Freunde von
Menschen mit psychischen Erkrankungen
in Hessen e.V.**

Registergericht Frankfurt am Main, VR 73 AR 210-21
info@angehoerige-hessen.de



Frankfurt/M.,

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Herrn Minister Kai Klose
Postfach 31 40 · 65021 Wiesbaden

Zur Kenntnis an
Herrn Schön (LWV)
Frau Odenwald (HMSI)

Sehr geehrter Herr Klose

Aus den Medien haben wir die unfassbare Nachricht erhalten, dass die Dorea-Familie 3 Häuser für psychisch erkrankte Menschen in Bad Nauheim bis zum 31. August schließen wird, lt. Begründung aufgrund von Insolvenz.

Bis dahin sind die Betreuer der zum Teil schwerst psychisch kranken Bewohner aufgefordert, einen neuen Platz zu finden. Alle Beteiligten wissen, dass dies bei der ohnehin angespannten Versorgungslage in Hessen nicht möglich sein wird.

Wir sind fassungslos, dass solch ein Vorgehen zulässig ist. Bei der Insolvenz eines Vermieters besteht Bestandsschutz für die Mieter – für die Schwächsten unserer Gesellschaft gilt dieses Recht nicht?!

Dabei behauptet die Dorea-Familie auf ihrer Webseite, dass sie im Kern ein solides Unternehmen sei.

Anbei leiten wir Ihnen beispielhaft und anonymisiert eine Anfrage von Angehörigen eines betroffenen Bewohners mit:

Unser psychisch erkrankter Angehöriger ist Bewohner (einem der betroffenen Häuser) in Bad Nauheim. Erst aus den Medien (27.07.2023) haben wir von der Insolvenz (?) erfahren. Bis heute haben weder wir noch der gesetzliche Betreuer unseres Angehörigen eine offizielle Mitteilung / Kündigung oder was auch immer erhalten. Weiterhin haben wir auch nur aus den Medien erfahren, dass die Bewohner bis zum 31.08.2023 das Haus verlassen müssen.

Der gesetzliche Betreuer unseres Angehörigen, wie auch die Leitung der Einrichtung und auch wir Angehörige sind bemüht, einen neuen Platz zu finden, was so gut wie aussichtslos ist.

Wird unser Angehöriger nach dem 31.08.2023 obdachlos sein? Wir benötigen dringend Informationen wie in solchen Fällen mit Betroffenen umgegangen wird und ob nach Lösungen gesucht wird.

Wir als Landesverband bitten um eine zeitnahe Antwort, die wir den Angehörigen weitergeben können. Von der Politik und den Leistungserbringern erwarten wir, dass Sie Rahmenbedingungen schaffen, die solch unverantwortliches Verhalten von Leistungserbringern unmöglich machen!!!

Wir wenden uns gegen eine weitere Ökonomisierung des Gesundheitswesens in einer Weise, wo Gewinnerwartungen der Investoren bedient werden.

Mit besorgten Grüßen

Rose Maria Konang
Geschäftsführender Vorstand